

## Wie Kuba seine Kritiker drangsaliert

Revolutionslieder im Radio, zigarrrauchende Yuppies und Salsa-Discos - der Kuba-Reisende wird nur selten der häßlichen Seite des Castro-Regimes gewahr. Amnesty international geht davon aus, daß es in Kuba gegenwärtig mindestens 600 politische Langzeitgefangene gibt. Und jeder, der den Staat kritisiert, muß mit Repressalien rechnen.

Von JOST MAURIN

**Berlin** - Ein Dissident, der von solchen Erfahrungen aus erster Hand berichten kann, lebt seit 1995 in Berlin: der 28jährige Maler Raúl Díaz Ruiz de Zárate. Sein Lebenslauf ist typisch für Kubaner, die die sozialen Errungenschaften Castros nicht mit ihrer Freiheit bezahlen wollen. Schon in der Schule, mit 16 Jahren, sei er über seinen Vater zu einem Gespräch mit Mitarbeitern der Staatssicherheitsorgane zitiert worden, berichtet der Mann aus Cienfuegos, einer Hafenstadt an der Südküste Kubas. Zárates lange Haare und seine Vorliebe für Rock 'n' Roll hätten ihn der Abweichung von der Staatslinie verdächtig gemacht.

Bis zu seiner Auswanderung im Mai 1993 sei er, so Zárate, an die zehn Mal mit den Sicherheitsorganen in Kontakt gekommen. „Manchmal haben sie mich einfach auf der Straße gefragt: ‚Na Raúl, was macht dein Rock 'n' Roll?‘“ An einem Freitag im Oktober 1991 aber nahmen ihn Mitarbeiter des Innenministeriums (Minint) richtig in die Mangel: Von morgens bis abends hätten sie ihn über seine Aktivitäten und Ansichten verhört. Zárate: „Ich gehörte damals zu einer Gruppe von Künstlern, die allesamt Probleme mit dem System hatten.“ Schließlich hätten die Sicherheitsleute von ihm verlangt, daß er schriftlich seinen Anti-Castro-Ideen abschwört. „Sie wollten, daß ich schreibe, ich sei grundsätzlich mit dem Regime einverstanden und wolle die Revolution nur in einigen Punkten verbessern. Das war mir zuwenig.“

Wegen seiner Ablehnung hätten ihn die Beamten in eine stickige Zelle ohne Licht gesteckt. „Ich hatte Angst und dachte das erste Mal an den Tod. Ich wußte nicht, ob ich da jemals wieder herauskommen würde. Ich glaube, das könnte man als psychische Folter bezeichnen“, erzählt der Kubaner. Nach drei Tagen habe er aufgegeben und die von den Behörden geforderte Erklärung unterschrieben.

Die Berichte von Amnesty International (ai) über die Menschenrechtssituation in Kuba bestätigen, daß der Inselstaat sogar konstruktive Kritik am Sozialismus zum Beispiel mit der Degradierung am Arbeitsplatz, Entlassung oder Verhaftung ahndet. Wer einmal seinen Job aus politischen Gründen verloren habe, so ein ai-Report, findet oft keinen neuen Arbeitgeber. „Nach einjähriger Arbeitslosigkeit erreichen diese Personen nach Auffassung der Behörden einen ‚Zustand der Gefährlichkeit‘, der zu Verwahrung bis hin zur Langzeitinhaftierung führen kann“, so der Bericht weiter. Prozesse gegen politische Gefangene entsprächen bei weitem nicht international anerkannten Standards für ein faires Gerichtsverfahren. So könnten die Verteidiger oft überhaupt nicht oder nur wenige Minuten vor der Verhandlung mit ihren Mandanten reden.

Laut Amnesty International werden die Menschenrechte in Kuba verletzt sowohl von den offiziellen Sicherheitskräften als auch von organisierten regierungstreuen Gruppen, „die offenbar von den Behörden gelenkt sind“. Hierbei werden Regimekritiker angeblich spontan und ungesteuert „vom Volk“ beschimpft, eingeschüchtert und auch körperlich verletzt.

„Die kubanische Regierung versucht zudem, sich politischer Gegner zu entledigen, indem sie sie zur Ausreise zwingt oder ihnen nach einem Auslandsaufenthalt die Rückkehr ins Land verwehrt“, schreiben die Menschenrechtler. Kritische Kubaner würden vor die Wahl gestellt werden, entweder wieder ins Gefängnis zu gehen oder auszuwandern. „Besonders im letzten Vierteljahr hat sich die Situation in Kuba dramatisch zugespitzt“, sagte der Braunschweiger Christian Koch, Sprecher der Koordinierungsgruppe für Kuba.

Die Menschenrechtsaktivisten Lorenzo Paéz Núñez und Dagoberto Vega Jaime zum Beispiel wurden Amnesty zufolge am 10. Juli verhaftet und einen Tag später wegen „Respektlosigkeit“ und „Verleumdung“ zu eineinhalb beziehungsweise einem Jahr Gefängnis verurteilt. „Respektlos“ hat sich Paéz in den Augen der Anklage wahrscheinlich während einer Razzia der Staatssicherheit in seiner Wohnung verhalten: Als die Beamten eintraten, telefonierte der Dissident gerade, legte den Hörer aber nicht auf, so daß sein Gesprächspartner in Miami mithören konnte. Dieser nahm das Telefonat auf Band auf und ließ es später im Rundfunk senden.

12. Sept. 1997